

Schweiz

Feilschen um Bankenregulierung und den UBS-Vertrag mit den USA

Parteien blockieren die Rettung des UBS-Vertrags

Das Entgegenkommen des Bundesrats genügt der SP nicht und geht den Bürgerlichen zu weit. Zwischen SP und CVP zeichnet sich aber ein Kompromiss ab.

Von David Schaffner, Bern

Im Pokerspiel um den UBS-Staatsvertrag mit den USA sieht es immer mehr nach einer Pattsituation aus: Während die Linke das Geschäft unbedingt mit einer Boni-Steuer und einer Regulierung der systemrelevanten Banken verbinden möchte, will die Mitte den Vertrag ohne weitgehende Konzessionen in der kommenden Junisession über die Bühne bringen.

Der Bundesrat hat am Mittwoch versucht, das Patt aufzubrechen: Er ist einerseits der SP entgegengekommen und hat einen verbindlichen Planungsbeschluss gefällt, der eine Boni-Steuer für Banker bringen und das Problem der zu grossen Banken lösen soll, die der Bund im Krisenfall nicht Konkurs gehen lassen kann. In seiner Planung legt der Bundesrat eine schnellere Gangart ein, als dies bei der Gesetzgebung sonst der Fall ist. Damit will er zeigen, dass es ihm ernst ist mit den Regeln.

Andererseits hat sich die Landesregierung nicht ganz auf die knappen Fristen eingelassen, welche ihr die SP zur Lösung der Probleme eingeräumt hat. Damit kommt der Bundesrat der Mitte entgegen, die dem Druck der SP nicht nachgeben und keine neue Regeln durchbohren will, bevor der UBS-Staatsvertrag ins Parlament kommt.

Gegen «Erpressung»

Mit dem eingeschlagenen Mittelweg hat der Bundesrat die Parteien keiner Einigung nähergebracht. Im Gegenteil: Sie geben sich nun alle hart. Die SP klagt, die beschleunigte Lösungsfindung bringe keine konkreten Gesetzesbeschlüsse vor der Junisession, sondern frühestens Ende Jahr. «Solange der Bundesrat nur Planungsbeschlüsse bringt, werden wir den UBS-Staatsvertrag geschlossen ablehnen», sagt Generalsekretär Thomas Christen.

Während solche Drohungen in den letzten Wochen die Mitte noch beeindruckte, zeigen sich CVP und FDP nun gelassen: Sie wollen die Planung oder Teile davon ablehnen - obwohl mindestens die CVP mit den Zielen weitgehend einverstanden ist. Momentan geht es den Parteien wohl auch darum, ihr Gesicht zu wahren. Sowohl FDP als auch CVP betonen, dass sie sich nicht von der SP erpressen lassen wollen.

FDP-Fraktionschefin und Nationalrätin Gabi Huber sagt: «Wir wollen keine Schnellschüsse.» Die vorgeschlagene Steuer für Banker-Boni ab zwei Millio-

nen Franken lehnt die FDP ab, weil sie einfach umgangen werden könne und weil sie eine Ungleichbehandlung zwischen den Branchen bringe. Eine Lösung des «Too big to fail»-Problems wünscht sich aber auch die FDP. «Ob wir den ganzen Planungsbeschluss ablehnen oder ihn nur anpassen wollen, ist noch offen», sagt Huber. Weil der Beschluss insbesondere bei der Regulierung von systemrelevanten Banken eine Beschleunigung vorsieht, liegt nahe, dass die FDP die Planung ganz bachab schicken wird.

Gleiches gilt für die CVP: «Wir werden in der Fraktion noch diskutieren, ich tendiere aber zu einer Ablehnung», sagt Parteipräsident Christophe Darbellay. «Es braucht zwar eine gute Lösung, wir sind aber gegen eine Verknüpfung mit dem UBS-Vertrag.» Die SVP lehnt die Planung zur Bankenregulierung generell ab. Sie hat bereits vor Wochen klargemacht, dass sie den UBS-Vertrag mit den USA aus grundsätzlichen Überlegungen ablehnt. Er ritze nachträglich das Schweizer Bankgeheimnis für die betroffenen 4450 UBS-Kunden aus den USA.

Tantiemen-Modell als Lösung

Weil es aus dem Patt beim Planungsbeschluss des Bundesrates kaum einen Ausweg gibt, könnte sich eine Einigung zwischen der SP und der CVP durch die Hintertür ergeben. Die SP würde in diesem Szenario auf Gesetzesbeschlüsse bis zum Sommer verzichten und dem UBS-Vertrag zustimmen, wenn ihr die CVP in Gesprächen klare Zusicherungen für eine Lösung der Probleme ausserhalb des vom Bundesrat vorgesehenen Fahrplans macht. Dabei stehen zwei Ideen im Vordergrund:

- Zum einen hat die CVP vor zwei Wochen das Konzept einer eigenen Boni-Steuer vorgestellt, das laut SP-Sekretär Christen «in die richtige Richtung geht». Konkret möchte die CVP Vergütungen über drei Millionen Franken neu als Gewinnverteilung behandeln - wie es heute für sogenannte Tantiemen gilt. Die CVP ist überzeugt, dass diese Steuer weniger leicht umgangen werden könnte als jene, die der Bundesrat vorschlägt. CVP, SP und allenfalls Teile der FDP könnten den Vorschlag mehrheitsfähig machen.

- Zum andern will die SP unbedingt sicherstellen, dass die Banken künftig ihr



Auf Kompromissuche: Christian Levrat und Christophe Darbellay. Foto: Keystone

Eigenkapital erhöhen. Dies ist eigentlich Teil des breit anerkannten Lösungsvorschlags für das «Too big to fail»-Problem. Die SP hat jedoch festgestellt, dass die Banken im Hintergrund bereits stark dagegen lobbyieren. Im Gegenzug zur Anerkennung der Tantiemen-Lösung könnte sie von der CVP fordern, dass diese die sogenannten Basel-III-Vorschläge des Basler Bankkomitees unterstützt, um damit strengere Eigenkapitalvorschriften verbindlich zu machen.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise hat der Bundesrat am Mittwoch einen weiteren Beschluss gefällt: Er hat die Botschaft zur Revision des Einlegerschutzes verabschiedet und sieht darin vor, im Falle einer Bankenpleite Sparguthaben bis 100 000 Franken zu schützen. Im Dezember 2008 hat dies das Parlament bereits im Eilverfahren beschlossen. Nun will der Bundesrat diese Bestimmung ins Dauerrecht überführen. Früher galt der Schutz nur bis 30 000 Franken.

Kommentar Patrick Feuz CVP und FDP in der Pflicht

Die Bürgerlichen haben recht: Am Schluss wird die SP den Staatsvertrag mit den USA über die Herausgabe von Bankkundendaten wohl retten - selbst dann, wenn sie keine Garantien für eine stärkere Regulierung der Grossbanken in der Tasche hat. Denn die SP kann es sich nicht leisten, amerikanische Steuerbetrüger zu decken. Und sie will nicht ernsthaft neuen Streit mit den USA provozieren.

Die SP muss klein begeben, weil sie nicht wie die SVP ist. Diese treibt ein verantwortungsloses Spiel: Um sich als Bankgeheimnis-Wächterin zu profilieren, sagt sie hart Nein zum Staatsvertrag und nimmt so notfalls Schaden für unser Land in Kauf.

Vielleicht erhält die SP im Juni - dann kommt der Staatsvertrag in die Räte - als Pfand nicht einmal eine Absichtserklärung, dass die Parlamentsmehrheit gegen das Grossbanken-Risiko und gegen astronomische Boni vorgehen will. CVP und FDP wollen der Linken jetzt offensichtlich den Meister zeigen. Ihre Botschaft lautet: Wir lassen uns nicht erpressen und bestimmen das Tempo entsprechender Gesetzesänderungen selber.

Für die Psychohygiene der Mittepartei ist dieses Aufplustern wichtig. Danach braucht es aber in der Sache rasch Zugeständnisse an die SP. Denn die Frage, welche Lehren die Schweiz aus der Finanzkrise zieht, ist viel zu bedeutend, um auf der Ebene von Parteispielen stecken zu bleiben.

Die Schweiz darf nie mehr in die Situation geraten, dass sie mit Steuergeld eine Grossbank retten muss. Um Hochrisikogeschäfte zu verunmöglichen und den Drang nach Grösse zu begrenzen, braucht es Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften, die wehtun. Gewinn, Dividenden und Boni werden dadurch spürbar sinken. Und die UBS sowie die CS werden über angebliche Konkurrenz Nachteile klagen.

CVP und FDP stehen aber in der Pflicht, sich davon nicht beeindruckt zu lassen. Denn die Schweizer Grossbanken machen einen derart grossen Teil unserer Volkswirtschaft aus, dass die hiesigen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften künftig über den globalen Minimalstandards liegen müssen.

Auch zu einer Boni-Regelung werden die Mittepartei Hand bieten müssen. Zwar wird es knifflig sein, eine sinnvolle und wirksame Lösung zu finden. Doch ohne vertrauensbildenden Eingriff geht es nicht. Sonst vergiftet der Zorn über die Abzocker das politische Klima in diesem Land noch lange.

«Das ist das wirtschaftliche Pendant zum Krieg»

Der Bundesrat will die Grossbanken sicherer machen.

Was, wenn doch ein Konkurs droht? Professor Peter Kunz hat ein Konzept.

Mit Peter Kunz sprach Arthur Rutishauser

Herr Kunz, ein zweiter Fall UBS soll vermieden werden. Doch niemand glaubt, dass der Bund im Notfall eine Grossbank in den Konkurs schiebt. Sie schlagen nun ein Untergangskonzept vor. Warum? Tatsächlich wird in der gegenwärtigen Debatte die Frage vernachlässigt, was geschehen soll, wenn es trotz aller Bemühungen um mehr Sicherheit zum Unfall kommt. Auch der Bericht der Arbeitsgruppe «too big to fail» schweigt sich darüber mehr oder weniger aus.

Was soll der Staat im Notfall tun?

Ich vergleiche das mit der Situation des Kampfpiloten, wenn das Flugzeug am Abstürzen ist. Der betätigt im Notfall den Schleudersitz und segelt mit dem Fallschirm zum Boden. Die Grundidee meines Konzepts der Abwicklung einer Grossbankenpleite besteht darin, dass die Bank bereits vorher in einen systemrelevanten Teil und eine Restgesellschaft virtuell aufgeteilt wird. Im Zeitpunkt X wird dann vom Bundesrat auf den Knopf gedrückt und die Aufteilung in die Rechtswirklichkeit umgesetzt.

Wie soll das gehen?

Der systemrelevante Teil wird nationalisiert, der Rest geht in den Konkurs.

Eine Nationalisierung bedeutet aber einen massiven Staatseingriff.

Das stimmt. Aber bei dieser Problematik geht es um das Landesinteresse, nicht um ein sozialistisches Abenteuer.

Die Vorschläge beruhen auf aktuellen Rechtsinstrumenten, nämlich dem Krisenvorsorgegesetz, dem Umstrukturierungs- und dem Enteignungsrecht.

Wie würde denn ein solcher Notfall umgesetzt?

Die Finanzierung des Rettungskonzepts geht vom Bund aus. Mit einer vorerst entschädigungslosen Enteignung würde der systemrelevante Teil der Grossbank nationalisiert. Das muss alles sehr rasch gehen, darum kann nicht über den Preis diskutiert werden. Entschädigt wird erst hinterher.

Welche Unternehmen sollen unter dieses Regime fallen?

Was ich nicht begreife, ist, warum die Politik nur Banken als systemrelevant bezeichnet. Spätestens seit AIG weiss man, dass auch Versicherungen schwer oder überhaupt nicht liquidiert werden können.

Ist Ihr Konzept nicht eine Einladung an die Manager, Risiken einzugehen, wenn sie genau wissen, dass im Notfall ihr Institut gerettet wird?

Meines Erachtens bräuchte es ein Geheimregister, in dem festgehalten werden sollte, welche Unternehmen als systemrelevant gelten, damit genau dies nicht geschehen kann. Etwas Ähnliches gibt es bereits, nämlich das Kriegsregister für wichtige Unternehmen.

Sie vergleichen eine Bankenkrise mit einem Krieg?

Da bin ich nicht der Einzige. Der damalige US-Finanzminister sagte 2008 auf dem Höhepunkt der Krise: «Das ist das wirtschaftliche Pendant zum Krieg.»

Wäre es nicht besser, statt mit einem komplizierten Konstrukt den Notfall zu planen, die Banken zu zwingen, sich als Holding mit system-

relevanten und nicht systemrelevanten Teilen zu organisieren?

Nein, denn innerhalb einer Holdinggesellschaft gibt es immer Kredite oder Garantien zwischen den einzelnen Gesellschaften. Somit fällt im Notfall doch alles zusammen. Das populäre Holdingkonzept funktioniert nicht.

Reklame APO028ztg/A/E

Home Design am
Werdmühleplatz
Beim Urania

Shun Messer Kai

FUGLISTALLER
Werdmühlestr. 4 ZÜRICH www.fueglistaller.ch